

Carsten Nickel

Das Trilemma des bürgerlichen Politikbegriffs

Ein Essay

Spätmoderne (ohne) Politik

Pünktlich zum Antritt der sogenannten Ampelkoalition standen die neuen Mittelklassen ein weiteres Mal im Fokus der Aufmerksamkeit.¹ Schon im Vorlauf zur Bundestagswahl 2021 hatten die gebildeten Gewinner von wirtschaftlicher Deindustrialisierung und kultureller Liberalisierung schließlich als zentrale Wählergruppen mindestens von Grünen und FDP gegolten. Allerdings beschränkt sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Politik dieser Gruppen im Regelfall auf die Identifizierung elektoraler Präferenzen bzw. deren Herleitung aus sozialstrukturellen Charakteristika, aus kulturellen und ökonomischen Lebensstilen. In einem konzeptionell umfassenderen Sinne bleibt der Politikbegriff der neuen Mittelklassen hingegen seltsam unergründet, gerade im Vergleich mit dem zuletzt starken Interesse an populistischer Politik.

Dem im deutschsprachigen Raum einflussreichsten soziologischen Theoretiker der neuen Mittelklassen, Andreas Reckwitz, hat man zuletzt die Frage entgegeng gehalten, ob von der Existenz einer neuen Mittelklasse überhaupt die Rede sein könne (Mau 2021). Wo aber noch nicht einmal ein entsprechendes Subjekt, da auch keine Politik. Und auch, wo das Bestehen der neuen Mittelklassen bekräftigt wird, bleibt oft unhinterfragt, was diese Gruppen eigentlich unter Politik verstehen, auf welche Weise und zu welchem Zwecke sie diese betrei-

ben. Wenn sich die Theorie der kulturalisierten Spätmoderne einen näheren Begriff von der Politik macht, dann versucht sie, diese mit Schlagworten wie „Gouvernementalität“ und „Management“ – also in der Sprache von Strukturalismus und Unternehmensberatung, und damit letztlich in den Worten einer sich selbst besprechenden neuen akademischen Mittelschicht – zu umschreiben. Unterdessen sollen aber „im Hintergrund“ – praktischerweise! – auch weiterhin die Mechanismen formaler Rationalität aus den Tagen der alten Industriegesellschaft die „allgemeinen Infrastrukturen“ liefern, mit denen schließlich auch die spätmoderne Politik gerne weiter operiere (Reckwitz 2017: 371ff.).

Kurzum, der akademische Mittelklasse-Diskurs scheint sich durch einen gewissen Hang zum Kaum- oder Wegdiskutieren des (eigenen) Politikbegriffs auszuzeichnen. Könnte sich ausgerechnet hierin ein Neubürgerliches Verständnis von Politik andeuten, das durchaus tiefer reicht, als der spätmoderne Businesssprech zunächst suggerieren mag? Hier setzt dieser Essay an. Er entwirft eine Konzeption des Politikbegriffs der neuen Mittelklassen und verortet diese im Kontext der historischen Entwicklung des bürgerlichen Verständnisses von Politik seit dem Dominantwerden dieser Schichten in den westlichen Gesellschaften am Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts. Dazu wird das bürgerliche Verständnis von Politik in drei mögliche Grunddimensionen aufgeteilt, und zwar als demokratische *polity*, gemäßigt-

te *politics* und *policies* der Intimität. Dieser Dreiklang wird sodann als ein Trilemma vorgestellt, aus dem stets nur zwei Aspekte auf Kosten des dritten betont werden können, und die entsprechenden historischen Verschiebungen in den westlichen Gesellschaften werden bis in die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts angerissen. Dabei kristallisiert sich heraus, wie sich der Neubürgerliche Politikbegriff in der Epoche populistischer Herausforderungen langsam von einem populärsouveränen Verständnis von Demokratie als Willensbildung durch Breitenpartizipation verabschiedet – mit anderen Worten, nur noch auf Mäßigung und Schutz eigener Befindlichkeiten setzt. Der Weigerung, sich über den eigenen Blick auf die Politik klar zu werden, entspricht die Hoffnung dieses Milieus auf neue Mäßigung durch technokratisches Management.

Aus der hier angerissenen Perspektive werden Phänomene wie die immer wieder diskutierte „Postpolitik“ (Lipset 1959: 100) nicht als sozialstrukturell gegebene Charakteristika moderner bürgerlicher Gesellschaften betrachtet. Die Betonung individueller Rechte auf Kosten der Demokratie (Mounk 2018) ist vielmehr selbst ein genuin politisches Projekt. Damit geht die hier eingenommene Perspektive auch über kritische Positionen hinaus, die – in bemerkenswerter Kontinuität zu Carl Schmitts Warnungen vor dem Ende des Politischen – befürchten, mit der Behauptung der Alternativlosigkeit der eignen Programmatik untergraben liberal-bürgerliche Schichten die Politik generell (Mouffe 2000; Streeck 2016). Im Mittelpunkt steht hier nicht ein relatives Zurücktreten der Politik aufgrund eines gesellschaftlichen Strukturwandels der Moderne, sondern, umgekehrt, dasjenige Verständnis und diejenige Form bürgerlicher Politik, mit der die neuen Mittelklassen erst machtvoll durchsetzen, was in einer – oftmals vom Problem des Populismus ausgehenden – Literatur dann mit Schlagworten wie „undemokratischer“ Liberalismus (Mudde, Kaltwasser 2018: 1670) belegt oder als liberales „Kartell“ (Hopkin 2020:

5) beschrieben wird. Gerade im Hinblick auf Debatten über das „Ende der Demokratie“ verlangt der Politikbegriff der neuen bürgerlichen Mittelklassen nach systematischerer Auseinandersetzung.

Dreidimensionalität: Schwerpunkte bürgerlicher Politik

Wie lässt sich ein innerhalb einer Schicht oder Gruppe wirkmächtiger Politikbegriff systematisieren? Als simpler Ausgangspunkt mag der Dreiklang der Politikbedeutungen *polity*, *politics* und *policies* dienen, also in etwa: Regierungsform, Entscheidungsabläufe und Inhalte. Versucht man, diese drei Dimensionen mit bürgerlich-liberaler Programmatik zu befüllen, wie sie sich seit den amerikanisch-französischen Doppelrevolutionen des späten achtzehnten Jahrhunderts in den westlichen Gesellschaften herausgebildet hat, dann ist die Regierungsform die Demokratie, während sich die Entscheidungsfindung am Ideal der Mäßigung, einer bisweilen mythologisierten politischen Mitte orientierte. Als über alle Politikfelder hinweg prägender Grundinhalt soll hier derweil – im Rückgriff auf Richard Sennett – die Intimität vorgeschlagen werden. Damit ist nicht nur die bürgerliche Kernidee des Privaten angesprochen; in Sennetts Konzept klingt auch bereits die spätmoderne Bedeutung des Offenbarens entsprechender Innerlichkeit in einer hierfür umgebauten Öffentlichkeit an.

Policies der Intimität

Intimität steht für eine individualistisch-psychologisierte Sicht auf die Gesellschaft. Alle bürgerliche Politik muss sich insofern aus den persönlichen Psychen und Präferenzen freier Individuen als wichtigstem Orientierungsrahmen herleiten lassen. Wirtschafts-, Kultur-, Sozial- oder andere Programme sind letztlich am Glauben an die Besonderheit und auch die Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen ausgerichtet. Sennett hat dieses Programm kri-

tisch zusammengefasst: „Die Fixierung auf Personen auf Kosten unpersönlicher sozialer Beziehungen ist wie ein Filter, der unser rationales Verständnis von Gesellschaft verfärbt; er verdeckt die fortwährende Bedeutung sozialer Klassen in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft; er bringt uns dazu, zu glauben, dass Gemeinschaft ein Akt gegenseitiger Selbstenthöhung ist, und soziale Beziehungen mit Fremden zu unterschätzen, insbesondere solche, die in Städten auftreten.“ (Sennett 1977: 4, Übers.: C. N.).

In seiner Kritik von 1977 diagnostizierte Sennett noch, der Hauptunterschied zwischen einer entsprechend intimistisch gewendeten Moderne und früheren Epochen bestehe in veränderten Motivationen für den Rückzug ins Private. In der Moderne suche man im Privaten nicht länger nach christlicher Transzendenz, sondern strebe dort nun nach Reflexion über den psychologischen Gehalt des eigenen Selbst. Da für dieses Programm der Innerlichkeit der unbekanntere Andere eine Herausforderung darstelle, sei auch die kosmopolitische Stadt als Inbegriff unpersönlicher Begegnungen im Verfall begriffen.

Nun kann im gegenwärtigen Zeitalter globalisierter Metropolen vom Niedergang des Liberal-Urbänen keine Rede mehr sein. Gerade die jüngere Wiederentdeckung des Ländlichen (siehe etwa Berliner Debatte Initial 3/2022) verweist auf den zwischenzeitlichen Siegeszug entsprechend reformierter Städte. In ihnen (und in sozialen Medien) ist die einstmals übergreifig erscheinende Öffentlichkeit in eine Bühne für von Sennett bereits herausgestellte psychologisierte Selbstperformanz umgewandelt worden. Entsprechend hat sich die theoretische Blickrichtung gedreht. So verortet auch etwa Larry Siedentop die „Erfindung des Individuums“ im christlichen Mittelalter, vollzieht von dort allerdings nunmehr den Aufstieg liberal-bürgerlicher Individualität zum gesellschaftlich dominanten Ordnungsprinzip westlicher Öffentlichkeiten nach (Siedentop 2014). Statt eines Rückzugs ins Private steht

nun also dessen öffentlicher Siegeszug im Vordergrund. Samuel Moyn treibt diese Beobachtung noch weiter, indem er den Ausbau des Menschenrechtstopos als „letzte Utopie“ beschreibt. Einer individualistischen Ablehnung von Politik folgend, wurden Menschenrechte seit den späten 1960er Jahren zunächst vom sie einst erst garantierenden Staat losgelöst, diesem dann aber zunehmend geradezu entgeggestellt. Von außen – oder vielmehr: von oberhalb – des Staates fordert diesen seither ein neuer, hyperindividualistischer Normenkatalog politisch heraus (Moyn 2010): der neue Konstitutionalismus des spätdemokratischen Zeitalters (Menke 2018). Auch aus theoretischer Sicht bedroht die Politik also heute nicht mehr das Private, sondern sie ist durch das Programm öffentlicher Intimität erfolgreich privatisiert worden, ökonomisch *wie* kulturell.

Koalitionen der Intimität

Zwei Jahre nach Sennetts Buchveröffentlichung wurde Margaret Thatcher britische Premierministerin. Seitdem ist zunächst wirtschaftliche Liberalisierung großflächig durchgesetzt worden. Gerade aus den so vergrößerten, mit postindustrieller Bildung vermögend gewordenen Schichten sind dann die heute kulturell progressiven neuen Mittelklassen hervorgegangen. Die gleichzeitig zunehmende Stärke ihres ökologischen Bewusstseins muss gerade auch im Zusammenhang jener sozio-ökonomischen Wurzeln in der Deindustrialisierung westlicher Volkswirtschaften betrachtet werden. Für klassische Fragen der Verteilungsgerechtigkeit interessieren sich die neuen Mittelklassen dann auch weniger (Iversen, Soskice 2019: 123ff.).

Dieses gemeinsam verfolgte Programm der Intimität bedeutet nicht, dass die soziostrukturellen Differenzierungen innerhalb des neuen Bürgertums bedeutungslos wären. Auf diesen fußt auch der moderne sozialwissenschaftliche Skeptizismus gegenüber dem Klassencharakter und der Existenz neuer Mittelklassen.

Anhand sogenannter Arbeitslogiken wird etwa zwischen „soziokulturellen Experten“ (Akademiker, Ärzte, Journalisten, aber auch Physiotherapeuten oder Sozialarbeiter) und benachbarten „Managern“ (z.B. Finanzverwalter oder Steuerbeamte) unterschieden. Die progressiv-sozialstaatlichen Werte der ersten Gruppe sollen sich daraus erklären, dass in deren interpersonal geprägten Berufen der Mensch im Mittelpunkt stehe, den es gegen bisweilen übergriffig wirkende Institutionen zu verteidigen gelte. Demgegenüber lasse das manageriale Denken in organisationalen Strukturen von Arbeitsteilung bereits auf andere sozioökonomische Präferenzen schließen (Oesch 2006).

Allerdings sollten solche Unterscheidungen nicht verdecken, dass *policies* der Intimität als einigendes Band die neuen Mittelklassen auf ihrer Innenseite zusammenhalten. Das gilt gerade auch für die prozessuale Marktlogik technischer und organisationaler Berufe und die psychologisierte Ichbewirtschaftung in interpersonalen Tätigkeiten. Wie diese Prinzipien machtvoll zusammenwirken, theoretisiert etwa der Kulturwissenschaftler Joseph Vogl in seiner Studie zum Aufstieg der modernen Plattformökonomie unter dem treffenden Titel „Kapital und Ressentiment“ (Vogl 2021). In der digitalen Wissensgesellschaft vertragen sich Soziokulturelles und Marktlogik nicht länger nur, sie bedingen sich vielmehr gegenseitig. Gerade in den sozialen Medien werden Innerlichkeit und Interpersonalität bewirtschaftbar, und die entsprechenden öffentlichen (Selbst-)Vermarktungsprozesse reifen zum neuen Inbegriff von Persönlichkeitsentfaltung. Insofern spaltet auch der Wunsch nach öffentlicher Bereitstellung von soziokulturellen Gütern wie der alles entscheidenden Bildung die neuen Mittelklassen immer weniger. Statt „Dekommodifizierung“ soll damit heute schließlich Marktteilnahme erreicht werden (Gingrich, Häusermann 2015: 54). Der Umbau der Öffentlichkeit zur kommerzialisierten Intimitätsbühne erscheint so als das verbindende Projekt der neuen Mittelklassen.

Dass diverse Untergruppen bisweilen unterschiedliche Wahlentscheidungen treffen, muss gerade unter Bedingungen vergrößerter Fragmentierung des Parteienspektrums genauso wenig auf die Grenzen eines übergreifenden Konzepts der neuen Mittelklassen hindeuten. Denn die von ihnen gewählten Parteien streben zur bürgerlichen Mitte, sind untereinander koalitionsfähig und führen z.B. Klimaneutralität, Digitalisierung und liberale Gesellschaftspolitik zu einer gemeinsamen, gebildeten Fortschrittsdefinition zusammen. Anders als von Nancy Fraser angenommen, entsteht „progressiver Neoliberalismus“ also nicht nur, indem die Manager die soziokulturellen Experten strategisch überlisten (Fraser 2017), sondern aus der tatsächlichen Kompatibilität der *policies* und dem gemeinsamen Nenner subjektiv-intimistischer Präferenzen.

Die Intimität dient dabei als politprogrammatischer Treffpunkt. Ihr geht es um eine Reduktion von (Gesamt-)Gesellschaft mit dem Ziel der Herstellung einer gewissermaßen vorsortierten Öffentlichkeit, die jene individualpsychologisierten und vermarktbareren Gratifikationen liefern kann, die man zu Sennetts Zeiten in großen Städten (und in der Politik überhaupt) noch vermisste. Nach der Rückeroberung von Metropolen und Politik durch die neuen Mittelklassen droht in diesen eben nicht länger unpersönliche Gesamtgesellschaft. Im Gegenteil wird dort nun marktkompatibel individualisierte Intimität möglich, und zwar gerade auch unter Überschriften wie größerer Inklusion oder mittels eines Elitengeschmacks, der bisweilen seine eigene Alltäglichkeit betont (Currid-Halkett 2017; Friedman, Reeves 2020; Haffert 2022).

Wechselverhältnisse: Historische Entwicklungen

Wenn die Intimität beim Entstehen der neuen Mittelklassen eine zentrale Rolle gespielt hat, wirft dies die Frage nach dem Zusammenspiel mit den anderen bürgerlich definier-

ten Politikdimensionen auf, also der Demokratie und der Mäßigung. Sind alle drei Aspekte – Mehrheitsprinzip, Ausgleichsbestrebungen und individuelle Entfaltung – zu jeder Zeit und im selben Maße miteinander vereinbar? Die Vermutung lautet, dass es aufgrund potenzieller Wechsel- und Spannungsverhältnisse zwischen den drei bürgerlich-liberal definierten Bedeutungen von Politik zu historischen Verschiebungen kommt. Um diese Idee auf simple Weise zu formalisieren, nehme ich an, dass jede mögliche Verbindung von zwei bürgerlich definierten Politikdimensionen tendenziell auf Kosten der ausgelassenen dritten geht. So entstehen drei mögliche Kombinationsmuster und damit auch politische Abwägungsdynamiken innerhalb des bürgerlichen Politikbegriffs.

Die populäre Figur eines Trilemmas insinuiert dabei nicht das Verschwinden der ausgelassenen dritten Dimension. Bereits Clausewitz stellte 1832 seinen Gegenstand, den Krieg, vielmehr „wie zwischen drei Anziehungspunkten schwebend“ vor (Clausewitz 1980: 213). Indem er die emotionale Dimension des Krieges beim Volk, den Zufall beim Militär und die Ratio bei der Regierung verortete, lieferte er zudem ein frühes Beispiel für die Konzeption der Abwägungsnotwendigkeiten, die sich aus dem Auftreten des populären Demos seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts ergeben hatten. In ganz ähnlicher Weise besteht auch der bürgerliche Politikbegriff zu jedem Zeitpunkt aus seinen drei Facetten. Über die Zeit ändern sich lediglich die Zweierkombinationen, die die gegenüber der changierenden dritten Dimension dominant werden. In diesen Wechselbeziehungen und ihren Verschiebungen – und besonders in den damit einhergehenden Wahl- und Auswahlprozessen – lässt sich die politische Geschichte des bürgerlichen Politikbegriffs stärker systematisieren. Die einzelnen Phasen sollen hier kurz angerissen werden.

Zwischenkriegszeit: Demokratisierung der Intimität

Mit der bereits angesprochenen Reduktion des Allgemeinen, welche die neuen Mittelklassen seit ihrem Aufkommen in den sechziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts betrieben haben, greifen diese auch bezüglich ihres Politikbegriffs wieder bis auf das neunzehnte Jahrhundert zurück. Zu einer Zeit, in der die mäßigen Wirkung von Volksparteien und nivellierter Mittelstandsgesellschaft schlicht noch nicht „erfunden“ waren, verband das bürgerliche Verständnis von Politik eine in zunehmendem Maße demokratische *polity* weiterhin mit einer *policy* der Intimität, wie sie sich schon im von Habermas für das neunzehnte Jahrhundert identifizierten Typus der spezifischen, exklusiven bürgerlichen Öffentlichkeit widerspiegelt – einer Öffentlichkeit also, die im kleinen Kreis entstand, weil sie auf Faktoren wie Individualeigentum, Bildung und der strikten Trennung von Öffentlichem und Privatem beruhte (Habermas 1962).

Nachvollziehen lässt sich der lange, noch im zwanzigsten Jahrhundert vernehmbare Nachhall dieser Variante des bürgerlichen Politikbegriffs gerade auch bei Carl Schmitt. Dieser argumentierte, im Gegensatz zum demokratischen Streben nach (nationalstaatlich organisierter) „Homogenität“ zwischen Regierten und Regierenden, basiere der Werte-Universalismus des Liberalismus auf einer Kombination von humanistisch-individualistischen Moralvorstellungen und klassisch-ökonomischer Vertragslehre. Das Ergebnis laute: liberale Entpolitisierung. Hierin sah Schmitt aber einen nur scheinbaren Universalismus, der über faktisch fortbestehende Ungleichheiten – ohne die ja andernfalls die Vertragsform gänzlich unnötig wäre – bestenfalls hinwegtäuschen könne.

Die vom Liberalismus so verdrängten Konflikte träten dann auf anderen Gebieten wieder hervor, allen voran auf dem Terrain der Wirtschaft, deren verstärkte Dominanz über die Po-

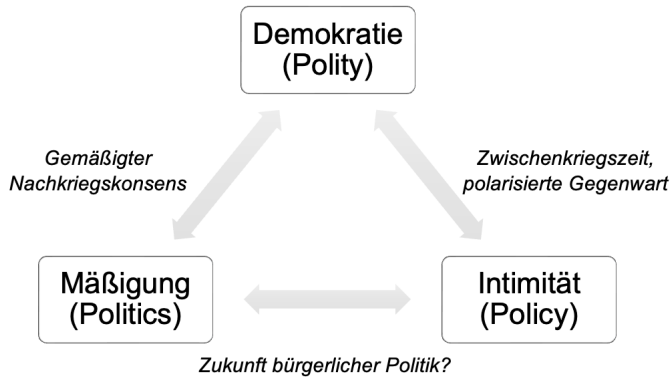


Abb. 1: Das Trilemma des bürgerlichen Politikbegriffs

politik Schmitt bereits vor einem Jahrhundert beklagte. Sein Antiparlamentarismus fußte dann auch auf der Annahme, dass die liberale Idee des freien Wettbewerbs der Meinungen in offener Diskussion unter Volksvertretern von der Realität der modernen Massendemokratie längst ausgehöhlt worden sei. In Schmitts Terminologie geriet so „das Politische“ generell unter den Druck des Liberalismus (Schmitt 1924).

Was in dieser generalisierten Warnung vor dem Ende von Politik als Solcher hervorscheint, lässt sich auch als die Furcht vor einer sich zum damaligen Zeitpunkt bereits machtvoll andeutenden Verschiebung lesen. Intimität und alter bürgerlicher Individualismus, als Kerninsignien des bürgerlichen Politikbegriffs aus dem immer noch wirkmächtigen, „langen“ neunzehnten Jahrhundert (Eric Hobsbawm), drohten, vom scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg des tendenziell mäßigen Parteienstaats verdrängt zu werden (Schönberger 1997). Doch nicht der hier befürchtete Überschuss an organisierter Mäßigung sollte sich bald als Hauptproblem Weimars herausstellen, sondern gerade dessen Mangel.

Nachkriegszeit: Mäßigung der Demokratie

Schmitts Phantastereien vom angeblich demokratischen „Fascismus“ sollten sich als entsetzliche Albträume entpuppen. Erst in den darauffolgenden Nachkriegstagen näherte man sich dann kurzzeitig einem verbindenden Kompromiss von liberalen „Ausschlüssen“ und demokratischen „Einschlüssen“, zwischen denen die Demokratien seit dem achtzehnten Jahrhundert oszilliert hatten (Manow 2020: 36ff.). Am Falle (West-)Deutschlands Bonner Tage lässt sich der Wille nachvollziehen, als historische Lehre aus den beiden Weltkriegen endgültig mit dem alten Politikbegriff des neunzehnten Jahrhunderts zu brechen und die bürgerliche Politik durch eine Einhegung der Intimität in den Rahmen eines neuen, gemäßigten Nachkriegskonsenses zu stabilisieren (Czada 1999; Elsbach u. a. 2019). Zentrale Institutionen der *politics* dieses Zeitalters waren die auf Repräsentation ausgerichteten Massenparteien (Lipset, Rokkan 1967; Wildenmann 1986; Blondel, Cotta 2000). Wie prägend derweil das gemäßigte und mäßige Versprechen auf sozioökonomischen Breitenwohlstand für die Nach-

kriegszeit gewesen war, sollte sich gerade an den politischen Verwerfungen zeigen, die mit dem späteren Bruch dieses Versprechens einhergingen (Bartel 2022).

Aufgrund ihres ganz eigenen politischen Erfolgsmodells muss die Nachkriegsepisode nach wie vor als eine der historiographisch größten Herausforderungen für die Politik sowohl Schmitts als auch der heutigen neuen Mittelklassen betrachtet werden – wenngleich freilich aus ideologisch völlig gegensätzlichen Blickwinkeln. Zwar wurden durch Breitenwohlstand und -bildung in der „Bonner Republik“ bereits die sozio-ökonomischen Voraussetzungen für die Veränderung und Ausweitung bürgerlicher Schichten gelegt (Schelsky 1953). Dennoch lag zeitlich zwischen Schmitts Weimarer Antiparlamentarismus einerseits und dem späteren, auf Intimität konzentrierten Politikbegriff der neuen Mittelklassen andererseits, die moderat-liberale Nachkriegszeit mit ihrer Verbindung aus Demokratie und Mäßigung.

Anders als von Schmitt in den zwanziger Jahren mehr oder weniger heimlich erhofft, sollte sich die Verbindung aus Parlamentarismus und Demokratie also noch als höchst fruchtbar erweisen. Dies muss aber nicht als Normal-, sondern eher als geschichtlicher Sonderfall betrachtet werden. Denn historisch ist diese Episode von der wohl als deutlich typischer zu bezeichnenden Verbindung aus Demokratie und Intimität umschlossen.

Ab etwa 1968: Intimisierung der Demokratie

Der Nachkriegskonsens galt bis die entstehenden neuen Mittelklassen begannen, die Intimität wiederzuentdecken. Das Schicksal politischer Parteien seit den ausgehenden 1960er Jahren ist ein guter Indikator. Diese wandelten sich von Milieu- zu Volksparteien, die sich zunehmend auf die Formung breiter, oft eher kurzfristiger Wählerkoalitionen statt auf Repräsentation konzentrierten (Kirchheimer 1966). Ihr einst mäßigender, aber intranspa-

renter und kulturell wenig diverser Kommunitarismus musste erst durch neue Formen politischer Beteiligung ersetzt werden, damit sich moderne, an individueller Intimität ausgerichtete Gesellschaftspolitik in den westlichen Demokratien voll entfalten konnte (vgl. Inglehart 1977). Dies ist der Hintergrund, vor dem Populismus und Volatilität zugenommen haben (Mair 2013).

Während also in der Nachkriegsordnung die liberale Intimität in den Parteiendemokratien ins relative Hintertreffen geraten war, kehrten die neuen Mittelklassen seit den späten 1960er Jahren zu just der Verbindung zurück, die den bürgerlichen Politikbegriff schon seit der Etablierung der Demokratie während des langen neunzehnten Jahrhunderts geprägt hatte. Dies bedeutete nicht weniger als eine Umkehrung der noch von Schmitt konstatierten Rangordnung von Liberalismus und Parteienparlamentarismus. Nicht der Liberalismus wurde ausgehöhlt, sondern jene alte Massendemokratie mit ihren vormals mitgliederstarken und bindungskräftigen Parteien und Vorfeldorganisationen, vor denen sich ihre Weimarer Gegner einst noch so gefürchtet hatten, wurde geschwächt (Poguntke 2000).

Gegenwart: (Welches) „Ende der Demokratie“?

Mit dem Niedergang des Sozialismus und dem Ende des Kalten Krieges setzte die traditionelle Kombination aus Demokratie und Intimität zu einem ungeahnten Höhenflug an. Der Siegeszug der liberalen Demokratie verhiess das vielzitierte „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1989), während die wirtschaftliche Ungleichheit neuen Höchstständen zustrebte (Piketty 2013). Die in Fukuyamas Populärhegelianismus anklingende Idee einer quasi-notwendigen Automatik, mit der sich die liberale Ordnung immer weiter durchsetzen sollte, erhielt allerdings spätestens mit der Wende zum neuen Jahrtausend immer stärkere Dämpfer, sei es durch die Terroranschläge des 11.

September 2001 und die darauffolgenden Kriege, die globale Finanzkrise und die Große Rezession ab 2007 oder durch den Aufstieg Chinas und das seit der Georgieninvasion 2008 sichtbare Wiedererstarken Russlands. Im Angesicht zugleich gestiegener innerwestlicher Herausforderungen wie politischer Fragmentierung, Polarisierung und Populismus, scheinen die neuen Mittelklassen die Bedeutung politischer Mäßigung wiederzuentdecken. Regelmäßig nostalgisch werden nun die einstmalig gemäßigten Positionen von Politikern in Parteien rechts der Mitte mit deren heutiger Offenheit für populistische Tendenzen verglichen (vgl. Applebaum 2020).

In diesen Klagen deutet sich ein veränderter Zweck der zurückersehnten Mäßigung an. Ihre Wiederentdeckung erfolgt weniger zur Absicherung einer im Sinne von populärer Souveränität und Breitenrepräsentation verstandenen Demokratie, als vielmehr auf deren Kosten. Spätestens seit dem Referendum zum britischen Austritt aus der Europäischen Union und der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten gilt die Anrufung der Volkssouveränität durch populistische Kräfte vielmehr als Anzeichen eines drohenden „Endes der Demokratie“ (Levitsky, Ziblitz, 2018; Runciman 2018). Dies ist eng verbunden mit einer Umbesetzung im Demokratiebegriff selbst, der immer weniger im Sinne populärer Souveränität und zunehmend durch die Linse einer selbst zur *polity* institutionalisierten Intimität betrachtet wird.

Konkret geht dies etwa mit einer verstärkten Betonung des gesellschaftlichen Pluralismus als integraler Funktionsvoraussetzung für demokratische Entscheidungsprozesse einher. Letztere können sich schließlich nur dann abspielen, wenn in einer Gesellschaft unterschiedliche Sichtweisen und Angebote nebeneinander existieren, zwischen denen dann kollektiv ausgewählt werden kann (Müller 2016). Die so entstehende, neue Verbindung aus Intimität und Mäßigung scheint keine neuzeitlichen Vorläufer zu haben, ist aber dennoch

nicht ganz ohne historisches Beispiel. Ihre Systematisierung im geschichtlichen Kontext ist notwendig, um zu verstehen, wie sich neubürgerliche Politik in der Epoche populistischer Herausforderungen positioniert.

Neue Mittel zur Mäßigung

Zentrales Charakteristikum eines zunehmend wehrhaften Pluralismus ist die Nachfrage nach technokratischen Lösungen in vielen westlichen Gesellschaften – gewissermaßen als neubürgerliches Gegenstück zur populistischen Revolte (Radaelli 1999; Caramani 2017; Bertou, Caramani 2022). Aufgrund der hierfür notwendigen Personalauswahlprozesse geht dies mit der spätmodernen Konjunktur von Meritokratiediskursen einher. Eine affirmative Begriffsverwendung hat dabei die kritische Satireabsicht, die in Michael Youngs lateinisch-griechischem Neologismus eigentlich angelegt war, in ihr Gegenteil verkehrt (Young 1958; Sandel 2020). Im Bereich der *politics* bedeutet Meritokratie tendenziell das Ersetzen von Mehrheitsentscheidungen durch fakten- und fähigkeitsbasierte Auswahl- und Entscheidungsprozesse. Entsprechend ist die Gruppe demokratischer Entscheidungsträgerinnen und -träger sowohl vielfältiger etwa bezüglich Geschlechtern und Migrationshintergründen geworden (Dancygier 2017; Kittilson 2006), als auch gleichzeitig in sich deutlich geschlossener, was Klassen- und Bildungsniveaus angeht (Gaxie, Godmer 2007; Norris 1999). Ein organisatorisches Äquivalent kann in der Wandlung von Volks- zu professionalisiert-technokratischen Kartellparteien (Katz, Mair 1995) gesehen werden. Inhaltlich zielt Meritokratie entsprechend auf Programme zur individuellen Leistungsbefähigung ab, etwa indem Sozialleistungen von „Konsum“ auf „Investment“ in Bildung, Betreuung usw. umgestellt werden (Beramendi u. a. 2015: 20).

In ihrer neuen, techno-meritokratischen Form dient die Rückkehr zur politischen Mäßigung insofern dazu, neubürgerliche Intimität

gegen ein populärsouveränes Verständnis von Demokratie abzusichern. Ganz wörtlich lässt sich diese Wiederentdeckung entsprechender *politics* etwa an der jüngeren Konjunktur des Begriffs der Geopolitik – Englisch: *geopolitics* – nachvollziehen. Unter diesem Banner wird vermehrt die Notwendigkeit europäischer oder globaler sog. Governance verhandelt, ob nun zur Abwehr von chinesischer Konkurrenz und russischer Aggression, oder zum (natürlich rein faktenbasierten!) Management weltweiter Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung und Migration.² Sprachlich schließt sich hier der Kreis zur eingangs aufgezeigten Tendenz der akademischen Mittelklassen, vor der Politik ihrer eigenen Projekte in strukturalistisch eingefärbten Businesssprech zu flüchten. Inhaltlich lebt dabei eine lange Geschichte wieder auf, in der seit dem frühen zwanzigsten Jahrhundert liberale *policies* durch technokratisch-mäßigende Absicherung vor nationalstaatlich-mehrheitsdemokratischen Dynamiken geschützt werden sollten (Slobodian 2018; Streeck 2021).

Ausblick zurück nach vorn

Historisch mutet die so heraufziehende Kombination aus Intimität und Mäßigung für den bürgerlichen Politikbegriff zunächst beispiellos an. Seit den amerikanisch-französischen Doppelrevolutionen von 1776/89 hatte schließlich die populärsouverän verstandene Demokratie – trotz aller Einhegungen, durch die sich die amerikanische Erfahrung zunächst von der französischen unterschied – noch stets einen festen Platz darin besessen; in den Systemkonflikten mit Autoritarismus, Faschismus und Kommunismus behielt sie letztlich die Oberhand. Insofern verbleiben Vergleiche heutiger Populismen mit historischen Formen aus dem langen neunzehnten Jahrhundert – etwa dem Protest amerikanischer Bauern um 1890 (Müller 2016: 85ff.) – innerhalb der sicheren Grenzen einer altbürgerlich-demokratischen Heilsgeschichte, in der die

Fackel der Demokratie seit 1776, trotz aller gegen sie gerichteten Kriegserklärungen, nie mehr erloschen ist. Sie berichten von Vorläufern heutiger Revolten, die es aber allesamt nicht vermochten, das bürgerlich-liberale Projekt aus der Welt zu schaffen.

Dabei waren die Konsequenzen demokratischer Regression im zwanzigsten Jahrhundert verheerend gewesen. Zeitzeugen wie der sozialdemokratische Weimarer Jurist Hermann Heller hatten mit Konzepten wie dem „autoritären Liberalismus“ früh auf das Projekt konservativer Wirtschaftseliten zur Entdemokratisierung im Deutschland der Zwischenkriegszeit hingewiesen. Parallelen bestanden in Österreich und Italien, aber schon im französischen Fall wurde die autoritär-liberale Regierung Pierre Laval schnell durch den Sozialisten Léon Blum beseitigt (Wilkinson 2021: 63f.), und auch in vielen anderen europäischen Demokratien trugen anti-extremistische Strategien den politischen Sieg davon (Capoccia 2005; Ziblatt 2017). Angeführt von den USA verteidigten die Länder des Westens im Zweiten Weltkrieg die Demokratie, und zwar gerade in der Form ihres amerikanischen Erfolgsmodells einer von Anfang an stärkeren Verbindung von populärsouveränen Elementen mit Mechanismen zu ihrer Einhegung.³ Deshalb bestand die Hauptlehre für den bürgerlichen Politikbegriff, wie gesehen, zunächst eben nicht einfach im Abschied von demokratischer Breitenrepräsentation, sondern vielmehr in deren Absicherung durch Formen der Mäßigung. Langfristig berichten damit auch diese Beispiele vom bürgerlich-demokratischen Sieg über radikale Gegenutopien – insofern wie bei Fukuyama – anstatt von einem nachhaltigen Ausder-Welt-Schaffen der Demokratie.

Und der „Büffelmann mit Hörnern“ (Armin Laschet)? Jener vielfotografierte Trump-Anhänger, der entsprechend verkleidet am 6. Januar 2021 das US-Kapitol erstürmte, um in einem Mob aus Gleichgesinnten die friedliche Machtübergabe an Joe Biden zu unterlaufen, mag tatsächlich eine ganz neue Bedrohungs-

lage für die Institutionen des liberalen Pluralismus symbolisieren. Entscheidend ist aber, welchen Anteil die einflussreichen und wachsenden neuen Mittelklassen an der populistischen Revolte haben könnten, und wie sie mit ihr umgehen.

Nicht allein der Umstürzler im Tierfell gehört also in den Mittelpunkt, sondern gewissermaßen auch die Gestalt des Gebäudes, in dem er wütete. Mit seinen architektonischen Rückgriffen auf Athen und Rom erzählt der Neoklassizismus der im neunzehnten Jahrhundert erbauten US-Bundeshauptstadt Washington zunächst von der Übernahme eines imperialen Anspruchs, einem griechisch-römisch inspirierten Export der liberalen Ordnung in alle Welt. Doch die Erstürmung ausgerechnet durch einen heimischen Mob wirft nunmehr auch Fragen nach weiteren historischen Parallelen auf. Wie reagierte man etwa im historisch-architektonischen Referenzpunkt, dem alten Rom, als die Institutionen der dortigen Republik unter den Druck ähnlich enthemmter Massen gerieten?

Vor dem Hintergrund solcher Fragen erzählt der Washingtoner Neoklassizismus plötzlich u.a. auch von der historischen Bereitschaft einer aus patrizischen Bürgern und plebejischer Oberschicht zusammengesetzten Nobilität zur „Vollendung“ der römischen Republik durch ihre Überwindung im augusteischen Prinzipat (Bringmann 2002: 395ff.). Zur Beendigung eines Jahrhunderts des Populismus, der Diktaturen und des Bürgerkriegs diente damals sowohl die institutionalisierte Anrufung des Leistungsglaubens der Nobilität, als auch die Entmachtung der populärrepräsentativen Ämter der alten Republik, der Volkstribunen. Die Möglichkeit eines solchen intim-gemäßigten anstatt populistischen „Endes der Demokratie“ rückt aber nur dann in unser Blickfeld, wenn wir uns systematischer mit dem bürgerlichen Politikbegriff und seinen historischen Verschiebungen auseinandersetzen. Die vorangegangenen Überlegungen wollen hierzu einen ersten Anstoß geben.

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu etwa die Diskussion beginnend in: Leviathan, 49. Jg. (2021), Heft 2.
- 2 Eines der sichtbarsten Beispiele ist die Selbstbezeichnung der von Ursula von der Leyen geführten Europäischen Kommission als „geopolitische Kommission“.
- 3 Wenngleich man sich hierbei ganz entscheidend auf die stalinistische Sowjetunion verließ.

Literatur

- Applebaum, Anne (2020): *Twilight of Democracy: The Seductive Lure of Authoritarianism*. New York: Doubleday.
- Bartel, Fritz (2022): *The Triumph of Broken Promises: The End of the Cold War and the Rise of Neoliberalism*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Beramendi, Pablo; Häusermann, Silja; Kitschelt, Herbert; Kriesi, Hanspeter (2015): Introduction: The Politics of Advanced Capitalism. In: Dies. (Hrsg.): *The Politics of Advanced Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-64.
- Bertsou, Eri; Caramani, Daniele (2022): People Haven't Had Enough of Experts: Technocratic Attitudes among Citizens in Nine European Democracies. In: *American Journal of Political Science* 66, H. 1, S. 5-23.
- Blondel, Jean; Cotta, Maurizio (Hrsg.) (2000): *The Nature of Party Government: A Comparative European Perspective*. London: Palgrave Macmillan.
- Bringmann, Klaus (2002): *Geschichte der römischen Republik: Von den Anfängen bis Augustus*. München: C. H. Beck.
- Capoccia, Giovanni (2005): *Defending Democracy: Reactions to Extremism in Interwar Europe*. Baltimore: John Hopkins University Press.
- Caramani, Daniele (2017): Will vs. Reason: The Populist and Technocratic Forms of Political Representation and Their Critique to Party Government. In: *American Political Science Review* 111, H. 1, S. 54-67.
- Clausewitz, Carl von (1980): *Vom Kriege*. 19. Aufl. Hrsg. Werner Hahlweg. Bonn: Dümmler.
- Currid-Halkett, Elizabeth (2017): *The Sum of Small Things: A Theory of the Aspirational Class*. Princeton: Princeton University Press.
- Czada, Roland (1999): Reformloser Wandel. Stabilität und Anpassung im politischen Akteursystem der Bundesrepublik. In: Ellwein, Thomas; Holtmann, Everhard (Hrsg.): *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 30. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 397-412.

- Dancygier, Rafaela M. (2017): *Dilemmas of Inclusion: Muslims in European Politics*. Princeton: Princeton University Press.
- Elsbach, Sebastian; Noak, Ronny; Braune, Andreas (Hrsg.) (2019): *Konsens und Konflikt: Demokratische Transformation in der Weimarer und Bonner Republik*. Weimarer Schriften zur Republik, Band 9. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Fraser, Nancy (2017): *From Progressive Neoliberalism to Trump— and Beyond*. In: *American Affairs* 1, H. 4, S. 46-64.
- Friedman, Sam; Reeves, Aaron (2020): *From Aristocratic to Ordinary: Shifting Modes of Elite Distinction*. In: *American Sociological Review* 85, H. 2, S. 323-350.
- Fukuyama, Francis (1989): *The End of History?* In: *The National Interest* 16, S. 3-18.
- Gaxie, Daniel; Godmer, Laurent (2007): *Cultural Capital and Political Selection: Educational Backgrounds of Parliamentarians*. In: Cotta, Maurizio; Best, Heinrich (Hrsg.): *Democratic Representation in Europe: Diversity, Change, and Convergence*. Oxford: Oxford University Press, S. 106-135.
- Gingrich, Jane; Häusermann, Silja (2015): *The decline of the working-class vote, the reconfiguration of the welfare support coalition and consequences for the welfare state*. In: *Journal of European Social Policy* 25, H. 1, S. 50-75.
- Habermas, Jürgen (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Berlin: Luchterhand.
- Haffert, Lukas (2022): *Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung*. Edition Mercator. München: C. H. Beck.
- Hopkin, Jonathan (2020): *Anti-System Politics: The Crisis of Market Liberalism in Rich Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Inglehart, Ronald (1977): *Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Iversen, Torben; Soskice, David (2019): *Democracy and Prosperity: Reinventing Capitalism Through a Turbulent Century*. Princeton: Princeton University Press.
- Katz, Richard S.; Mair, Peter (1995): *Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party*. In: *Party Politics* 1, H. 1, S. 5-28.
- Kirchheimer, Otto (1966): *The Transformation of the Western European Party Systems*. In: La Palombara, Joseph; Weiner, Myron (Hrsg.): *Political Parties and Political Development*. Princeton, NJ: Princeton University Press, S. 177-200.
- Kittilson, Miki Caul (2006): *Challenging Parties, Changing Parliaments: Women and Elected Office in Contemporary Western Europe*. Parliaments and Legislatures. Columbus: Ohio State University Press.
- Levitsky, Steven; Ziblatt, Daniel (2018): *How Democracies Die*. New York: Crown.
- Lipset, Seymour Martin (1959): *Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy*. In: *American Political Science Review* 53, H. 1, S. 69-105.
- Lipset, Seymour Martin; Rokkan, Stein (1967): *Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction*. In: Dies. (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments*. New York: Free Press, S. 1-64.
- Mair, Peter (2013): *Ruling the Void: The Hollowing of Western Democracy*. London: Verso.
- Manow, Philip (2020): *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie: Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen (2021): *Konturen einer neuen Klassengesellschaft? Einige Anmerkungen zur Konzeption der Mittelklasse bei Andreas Reckwitz*. In: *Leviathan* 49, H. 2, S. 164-173.
- Menke, Christoph (2018): *Kritik der Rechte*. Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2000): *The Democratic Paradox*. London: Verso.
- Mounk, Yascha (2018): *The People vs. Democracy: Why Our Freedom Is in Danger and How to Save It*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Moyn, Samuel (2010): *The Last Utopia: Human Rights in History*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Mudde, Cas; Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2018): *Studying Populism in Comparative Perspective: Reflections on the Contemporary and Future Research Agenda*. In: *Comparative Political Studies* 51, H. 13, S. 1667-1693.
- Müller, Jan-Werner (2016): *What Is Populism?* Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Norris, Pippa (1999): *Recruitment into the European Parliament*. In: Katz, Richard S.; Wessels, Bernhard (Hrsg.): *The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration*. Oxford: Oxford University Press, S. 86-102.
- Oesch, Daniel (2006): *Redrawing the Class Map: Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden, and Switzerland*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Piketty, Thomas (2013): *Le capital au XXI^e siècle*. Paris: Éditions du Seuil.
- Poguntke, Thomas (2000): *Parteiorganisation im Wandel: Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Radaelli, Claudio M. (1999): *Technocracy in the European Union. Political Dynamics of the EU Series*. London: Longman.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten: zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.

Runciman, David (2018): *How Democracy Ends*. London: Profile Books.

Sandel, Michael J. (2020): *The Tyranny of Merit: What's Become of the Common Good?* New York: Farrar, Straus and Giroux.

Schelsky, Helmut (1953): *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart*. Dortmund: Ardey.

Schmitt, Carl (1924): *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. Berlin: Duncker & Humblot.

Schönberger, Christoph (1997): *Das Parlament im Anstaltsstaat. Zur Theorie parlamentarischer Repräsentation in der Staatsrechtslehre des Kaiserreichs (1871-1918)*. Frankfurt a. M.: Klostermann.

Sennett, Richard (1977): *The Fall of Public Man*. New York: Knopf.

Siedentop, Larry (2014): *Inventing the Individual: The Origins of Western Liberalism*. London: Allen Lane.

Slobodian, Quinn (2018): *Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.

Streeck, Wolfgang (2016): *How Will Capitalism End? Essays on a Failing System*. London: Verso.

Streeck, Wolfgang (2021): *Zwischen Globalismus und Demokratie: politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.

Vogl, Joseph (2021): *Kapital und Ressentiment: eine kurze Theorie der Gegenwart*. München: C. H. Beck.

Wildenmann, Rudolf (1986): *The Problematic of Party Government*. In: Castles, Francis G.; Wildenmann, Rudolf (Hrsg.): *The Future of Party Government, Vol. 1, Visions and Realities of Party Government*. European University Institute - Series C 5/1. Berlin: De Gruyter, S. 1-30.

Wilkinson, Michael A. (2021): *Authoritarian Liberalism and the Transformation of Modern Europe*. Oxford Constitutional Theory. Oxford: Oxford University Press.

Young, Michael (1958): *The Rise of the Meritocracy*. London: Thames and Hudson.

Ziblatt, Daniel (2017): *Conservative Parties and the Birth of Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.